Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 20

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die sowjetische Rolle in der tschechoslowakischen Wirtschaft

Zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei geht es gegenwärtig um Politik, das heisst um ein politisches Diktat und die allfällige Marge des Widerstandes dagegen. Auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern sind in diese harte Realität eingebettet. Alle Verhandlungen über ihre künftige Gestaltung müssen dem bestehenden Machtgefälle Rechnung tragen.

Aber selbst wenn man die rein wirtschaftlichen Aspekte des Warenaustausches berücksichtigt, ist die Stärke der sowjetischen Position evident. Am gesamten Warenumsatz der Tschechoslowakei ist die Sowjetunion mit 35 Prozent beteiligt, während der tschechoslowakische Anteil am sowjetischen Aussenhandel kaum 10,7 Prozent beträgt. Soweit ist dies ein Ergebnis der Grössenordnung der beiden Staaten. Aber die Abhängigkeit der tschechoslowakischen Wirtschaft von der Sowjetunion resultiert noch weit mehr aus der Tatsache, dass sie für ihre Brenn- und Rohstoffe entscheidend auf die sowjetischen Lieferungen angewiesen ist. Anderseits muss sie ihre Industrieprodukte, und insbesondere ihre Maschinenbau-Erzeugnisse, in der Sowjetunion absetzen. Im Jahr 1967 bestanden die tschechoslowakischen Importe aus der Sowjetunion zu 55,7 Prozent aus Rohstoffen. Ihr Export ins gleiche Land bestand in diesem Zeitraum zu 59,2 Prozent aus Maschinen und Ausrüstungen. Auch hier besteht kein entsprechendes Gegengewicht. Am sowjetischen Gesamtimport von Maschinen und Ausrüstungen beträgt der Anteil der CSSR nur 19,2 Prozent.

Die grösste tschechoslowakische Abhängigkeit von der UdSSR im Rohstoffsektor liegt beim Erdöl. 99,5 Prozent der diesbezüglichen Einfuhr stammte 1967 aus der Sowjetunion. Im weiteren betrug der sowjetische Anteil an den Rohstoffimporten bei Eisenerz 83,6 Prozent, bei Buntmetallen 53,3 Prozent, bei Tonerde 92,8 Prozent, bei Baumwolle 53,8 Prozent, bei Getreide 81,2 Prozent und bei Speiseölen 60,2 Prozent.

Die massiven sowjetischen Rohstofflieferungen werden zu einem grossen Teil durch tschechoslowakische Maschinenexporte beglichen. Sie machten 1966 nicht weniger als 53,4 Prozent der tschechoslowakischen Exporte in die UdSSR aus. Die Struktur dieses Warenaustausches nimmt sich soweit günstig für die CSSR aus, da sie die Rohstoffe grösstenteils durch arbeitsintensive Produkte bezahlen kann. Daran hat die sowjetische Fachpresse übrigens wiederholt schon Anstoss genommen, wobei erst noch die Qualität der tschechoslowakischen Fertigprodukte kritisiert wird. Jedenfalls verlangt man in Moskau entweder eine Erhöhung der Rohstoffpreise oder eine tschechoslowakische Beteiligung an der Erschliessung der sowjetischen Rohstoffvorkommen, was Prag übrigens bereits im vergangenen Jahr angenommen hatte. Vermutlich wird Moskau diese Art von Kompensation verstärken wollen.

Die tschechoslowakische Handelsbilanz mit der Sowjetunion ist positiv. 1966 betrug der Aktivsaldo 42 Millionen Kronen (5,8 Millionen Dollar) und letztes Jahr 85,5 Millionen Kronen (11,9 Millionen Dollar).

Eine andere Art von Kompensation betreibt die Sowjetunion schon laufend mit den Erdölpreisen, da sie diesen Rohstoff der CSSR wesentlich höher berechnet als den entwickelten kapitalistischen Staaten. Aus der sowjetischen Aussenhandelsstatistik ergeben sich für das Jahr 1966 folgende durchschnittliche Erdölpreise pro Tonne in Rubel: Tschechoslowakei 15,4, Bundesrepublik Deutschland 9,2, Japan 8,1, Italien 8,0.

Eine wichtige Rolle in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten spielen auch die sowjetischen Hilfeleistungen zum Ausbau des tschechoslowakischen Wirtschaftspotentials. Wie sie verrechnet werden, ist allerdings unbekannt. Offenbar werden sie ebenso geheimgehalten wie die Umstände der tschechoslowakischen Uranlieferungen. Jedenfalls handelt es sich um bedeutende Vorhaben. Nach Angaben der «Prawda» vom 29. Juli dieses Jahres hatte sich Moskau bereit erklärt, bei der Errichtung von 1400 Betrieben in der CSSR wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Rund 900 dieser Anlagen sind bereits in Betrieb genommen worden. Ein Beispiel ist das ostslowakische Eisenhüttenwerk in Kosice (Kaschau), dessen Warm- und Kaltwalzanlagen für eine Jahresleistung von 3,7 Millionen Tonnen mit sowjetischen Maschinen ausgestattet wurden. Aehnliches gilt vom Erdölverarbeitungskombinat Solvnaft in Bratislava, dem Kunstfaserwerk in Humenne, der Zementfabrik in Banska-Bystrica usw. Mit sowjetischer Hilfe wurden in der CSSR die wichtigsten Eisenbahnstrecken mit einem modernen System der Signalisierung ausgerüstet. Schliesslich entsteht auch das erste Atomkraftwerk des Landes mit sowjetischer Hilfe.

Im laufenden Fünfjahresplan 1966—1970 liefert die Tschechoslowakei der sowjetischen Wirtschaft eine bedeutende Zahl von Elektro- und Diesellokomotiven, dann Werkzeugmaschinen, 150 000 Tonnen Walzausrüstungen, 80 komplette Anlagen für Chemiebetriebe und Erdölverarbeitungswerke, Ausrüstungen für 400 verschiedene Produktionsabschnitte, darunter die Produktion von Stickstoffdünger, synthetische Fasern usw. Im Rahmen der technisch-wirtschaftlichen Zusammenarbeit erhielt die UdSSR in den letzten 20 Jahren von der tschechoslowakischen Seite 180 Grossbauprojekte, 900 komplette Unterlagen für den Bau von Maschinen und Ausrüstungen, 550 Beschreibungen technologischer Prozesse usw. Als Gegenleistung übergab die Sowjetunion dem tschechoslowakischen Partner 300 Projekte für den Bau von Betrieben, mehr als 940 komplette Dokumentationen für den Bau von Maschinen und Ausrüstungen sowie rund 600 Beschreibungen technologischer Prozesse.

Zeitungsausgabe via Fernsehsatellit

Laut einer ostdeutschen Meldung soll nach Meinung von Wissenschaftern der sowjetischen Radio- und Fernmeldetechnik die Nachrichtenübermittlung über künstliche Erdtrabanten für die Uebermittlung von Informationen in einer Richtung (von Fernseh- und Radioprogrammen sowie Wetterkarten) für die UdSSR besonders vorteilhaft sein. So wurde erstmals der Versuch gemacht, Abbildungen von Matritzen zentraler Zeitungen von Moskau aus über das sogenannte Orbita-System zu übertragen. Der Versuch ist erfolgreich verlaufen. Gegenwärtig steht die Uebertragung von Wetterkarten auf der Tagesordnung. Auch wurden über eine Entfernung von 15 000 Kilometer Fernsehberichte von den Olympischen Winterspielen in Grenoble mit Hilfe von Nachrichtensatelliten des Typs Molnija 1 über Moskau bis Magadan im sowjetischen Fernen Osten übermittelt. Mehr als 20 Millionen Sowjetbürger in weit abgelegenen Landesteilen, in Nowosibirsk, Norilsk, Jakutsk, Juschno-Sachalinsk, Aschchabad, Bratsk und anderen Orten können jetzt die zentralen Fernsehsendungen empfangen,

Ungarn: Erleichterungen für den Privathandel

Mit der Verstaatlichung des Privathandels in den Jahren 1948—1950 hatte in Ungarn die kontinuierliche Lebensmittel- und Warenversorgung beträchtliche Rückschläge erlitten. Der schwerfällige Staatshandel war bis heute nicht in der Lage, die Privatinitiative in ausreichendem Masse zu ersetzen. Im Zusammenhang mit der Wirtschaftsreform soll nun auch auf diesem Gebiet eine Normalisierung eintreten, wobei der Privathandel teilweise wieder zugelassen wird.

Eine Durchführungsverordnung zu einem Regierungsbeschluss vom April hat nun den privaten Warenvertrieb in folgenden Punkten geregelt:

1. Privathandelslizenzen sind für 70 Warengattungen vorgesehen (bis jetzt konnten nur 19 Warengattungen privat vertrieben werden; der Regierungsbeschluss vom April hatte die Zahl von 50 genannt). Für die Lizenzen von 20 Warengattungen haben die Gemeinde- und Stadträte das Ausgaberecht, für die übrigen die Bezirksräte. Für Waren, die in der Verordnung nicht genannt werden, ist das Ministerium zuständig.

2. Der Warenvertrieb soll insbesondere an folgenden Stellen erfolgen: Vorortsgebiete, Erholungs- und Touristengebiete, Dörfer, neue Wohnzonen und Genossenschaftsanwesen in ländlichen Regionen.

3. Der Privathandel bezweckt neben dem Ausgleich für Versorgungsmängel durch Staats- und Genossenschaftsläden vor allem die Intensivierung des Wettbewerbs. (Laut «Nepszabadsag» konkurrieren die Privathändler nicht nur unter sich, sondern auch mit dem staatlichen und genossenschaftlichen Handel.)

Während früher Lizenzen dieser Art vor allem aus sozialen Gründen gewährt wurden, nennt die Verordnung in Uebereinstimmung mit dem neuen Wirtschaftsmodell als Voraussetzung vor allem angemessene berufliche Ausbildung und die Verfügungsmöglichkeit über die nötigen finanziellen Mittel. Zu den Vorbedingungen gehört, dass die vertriebene Ware dem direkten Verbrauch oder Gebrauch dient. Damit soll das Aufkommen von privaten Grosshändlern verhindert werden. Spezielle Verordnungen über den Betrieb von Privatpensionen, den Verkauf von Getränken und Tabakwaren sowie über die Preiserrechnungen im Einzelhandel sind angekündigt.

Leserbriefe in der DDR: «Mussten wir?»

Der SED ist es trotz der zur Rechtfertigung des Einmarsches in die CSSR eingeleiteten umfangreichen Propaganda-Aktion offensichtlich noch nicht gelungen, weite Kreise der ostdeutschen Bevölkerung von der Notwendigkeit der Okkupation unter Beteiligung der Volksarmee zu überzeugen.

Das geht u. a. auch aus einer Reihe recht offener Leseranfragen an die Bezirkszeitungen der SED in den letzten Tagen hervor. So richteten Leser der Magdeburger «Volksstimme» an das SED-Bezirksorgan die Frage, ob es denn unbedingt notwendig gewesen sei, dass «auch Truppenteile unserer NVA an dieser Aktion teilnehmen». In der Antwort der «Volksstimme» heisst es, diese Frage sei einfach zu beantworten, da schon allein die Bündnisverträge des Warschauer Paktes die Volksarmee zur Teilnahme an dieser Aktion verpflichteten. Die Bedrohung, die von den Revancheplänen westdeutscher Militaristen gegenüber der Tschechoslowakei ausgehe, sei «für unsere Republik keinen Deut geringer als für die Bruderstaaten», eher sei «das Gegenteil der Fall».

Auch die Behauptung der SED von der Konterrevolution in der CSSR stösst bei der Bevölkerung offenbar auf Skepsis. So richtete ein Dresdner an die «Sächsische Zeitung» die Frage, ob es richtig sei, «abweichende Auffassungen in der Kunst und Literatur, die es in der CSSR gibt, allesamt mit der Konterrevolution in einen Topf zu werfen?» Ein anderer Leser stellte der «Sächsischen Zeitung» die Frage, inwiefern die Auffassungen von Ota Sik, wie z. B. über die Selbständigkeit der Betriebe, als konterrevolutionär zu bezeichnen seien: «Wir in der DDR sprechen doch auch von der zunehmenden Selbständigkeit der sozialistischen Warenproduzenten.»